

Augsburg, 25. März 2010

## Pressemitteilung

### **Stefan Kiefer: „Kein Freifahrtschein zum neuen Kö für den OB“**

#### **SPD-Stadtratsfraktion sieht Risiken und offene Fragen: „Für eine Festlegung ist es deshalb zu früh“**

Dr. Stefan Kiefer, der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion ist „nicht glücklich“ mit dem momentanen Planungsstand beim Kö-Umbau“, sieht aber nach Jahren der Diskussion nur geringe Möglichkeiten, noch zu einer grundsätzlich anderen und besseren Lösung zu gelangen. Er beschreibt das Dilemma so: „Wenn wir die vorliegende Planung mehrheitlich ablehnen ohne Alternative, gefährden wir den dringend benötigten Umbau des Hauptbahnhofs. Wenn wir eine Alternative verlangen, ist der Effekt ist unter Umständen der gleiche. Für uns steht aber bei allem was wir tun der Bahnhofsumbau im Mittelpunkt.“

Insofern werde die SPD den weiteren Weg des Königsplatzumbaus konstruktiv mittragen, ohne sich zum jetzigen Zeitpunkt auf eine Haltung festlegen zu können. „Es gibt von uns keinen Freifahrtschein zum neuen Kö, die Risiken sind zu groß, die offenen Fragen zu viele.“

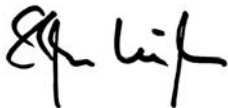
Eine der offenen Fragen ist für Stefan Kiefer und die SPD besonders wichtig: Der Bahnhofsumbau darf durch die neuen Planungen nicht zusätzlich gefährdet werden. Eine solche Gefährdung könnte eintreten durch:

- **Zusätzliche Klagerisiken:** Alle, die sich aus den Planungen einen Nachteil errechnen, können dagegen vorgehen. Eine evtl. eintretende Verzögerung würde der Bahnhofsförderung den Boden entziehen.
- **Eine verminderte Förderfähigkeit:** Bereits durch die erfolgte Zeitverzögerung um mindestens drei Jahre und die zu schulternden Mehrkosten, die der Bahnhofsumbau für sich genommen gar nicht benötigt hat, rutschte das Projekt in der „standardisierten Bewertung“ bedenklich ab. Sollten nun – wider Erwarten – die 10 Millionen Mehrkosten in die Bewertung einfließen, ist das wohl der Mühlstein für den Umbau des Hauptbahnhofs.

Nach wie vor ist die SPD-Stadtratsfraktion von den Planungen nicht überzeugt", so Kiefer. „Die erneuten Mehrkosten von 10 Millionen bedeuten, dass wir andere Dinge dafür hintanstellen, z.B. bei der Bädersanierung, beim Umbau der Maximilianstraße, der Sanierung des Theaters etc.“

Kiefer weist auf einen Unterschied in den Positionen von CSU und SPD hin: "Wir sind allein dem Wohl der Bürger verpflichtet, nicht der Gesichtswahrung für einen OB, der im Wahlkampf allen irgendwas versprochen hat und nun unter enormem Zugzwang steht. Wer unter solchem Druck handelt, neigt zu einer Politik des ‚Augen zu und durch‘." Umso wichtiger sei es, so Kiefer, „dass wir als Oppositionspartei das Interesse der Gesamtstadt im Auge behalten und wo nötig korrigierenden tätig werden. Das können die Bürger von uns erwarten und dazu stehen wir, gerade weil wir das Bürgerbegehren ernst nehmen.“

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stefan Kiefer  
Fraktionsvorsitzender